

Einladung zum Dialog



„was seid ihr dumme penner, ihr seid es nicht wert als menschen bezeichnet zu werden. ihr und seit abschaum der menschheit ihr scheiß nazis“

(Gastbeitrag von eurowelt, weltlan@arcor.de, eingereicht am 12. Juni 2009 um 21:00)

Party ohne Einladung

☒ Morgen, Samstag den 13. Juni, findet zu geheimhaltener Uhrzeit (zumindest für die interessierte Öffentlichkeit) die feierliche Grundsteinlegung für die nunmehr dritte Moschee in Frankfurt-Hausen statt. Mehr als 400 illustre Gäste aus der üblicherweise zu solchen Anlässen so genannten Stadtgesellschaft sind am morgigen Samstag eingeladen, der feierlichen Grundsteinlegung für die nunmehr dritte Moschee in Frankfurt-Hausen beizuwohnen.

Nachdem der mit dem Titel „Moscheebaugeneralsekretär“ ausgestattete Anführer des schiitischen Moscheebauprojektes des Bauträgervereins „Hazrat-e Fatima Zehra Moschee e.V.“ in der Presse ankündigte, als Zeichen der guten Nachbarschaft und mit Ausnahme „militanter Anti-Islamisten“ auch bislang

kritisch eingestellte Hausener Bürger einzuladen, beobachteten viele der gerade mal 6.500 Anwohner ihre Briefkästen genauer als sonst – aber offenkundig umsonst. Bislang nämlich – einen Tag vor der Grundsteinlegung also – hält sich die Zahl der bekanntgewordenen Einladungen mit 1 (i.W. Eins) in überschaubaren Grenzen und hebt in der logischen Folge die Zahl der als „militant“ eingestuften „Anti-Islamisten“ auf stattliche 6.449.

Ob dieser nun exklusiv und einsam eingeladene Vermieter von Gewerbeimmobilien in Hausen morgen tatsächlich der Einladung folgt ist hingegen ungewiss und zwar genauso wie der zeitliche Ablauf der großen Feier. Man möchte offenbar unter sich bleiben und den Pöbel – Entschuldigung – den gemeinen Hausener Bürger eher nicht sehen und dabei haben. Die Gefahr scheint zu groß, dass sich unter die feierlichen Ansprachen und Jubelgesten doch auch kritische Stimmen hörbar melden könnten, oder das Gruppenfoto für die motivierten Fotografen der feiernden Lokalpresse verunstalten.

Stichwort Lokalpresse: seit geraumer Zeit herrscht in deren Reihen eisernes Schweigen, was wohl als Zeichen für zu erwartende Großreportagen des dann schon zurückliegenden Grundstein-legungsereignisses gewertet werden kann. Schützenhilfe für hungrige Leser kommt indes aus dem Iran. Auf dem [deutschsprachigen Angebot des iranisch-islamischen Revolutionsführers](#) freut man sich verständlicherweise auf die Errichtung schiitischer Gebets- und Versammlungshäuser im fernen Deutschland, die der islamischen Revolution des Ayatollah Khomeini gewogen sind:

Frankfurt/Teheran (IRIB) – Am 13. Juni soll im Frankfurter Stadtteil Hausen der Grundstein für die Fatima-Zahra-Moschee, das zweite schiitische Gotteshaus nach dem Islamischen Zentrum Hamburg (IZH), gelegt werden.

Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Etwas kritischer und wesentlich näher am Puls der Bevölkerung berichtet ein Ausreißer innerhalb der schweigsamen Presse, namentlich ein [Korrespondent des Deutschen Depeschendienstes \(ddp\)](#):

Bis auf einige militante antiislamische Aktivisten habe der Fatima-Verein alle Gegner des Moschee-Neubaus zur Grundsteinlegung eingeladen. Ein «Neuanfang» solle versucht werden, sagt der Sprecher der Fatima-Gemeinde. Das rund drei Millionen Euro teure Gebets- und Gemeindezentrum werde ein offenes Haus sein. Doch es sieht nicht so aus, dass Kaymakci am Samstag auch ehemalige Kontrahenten unter den Gästen begrüßen kann.

«Ich kenne niemanden von der Initiative, der eine Einladung bekommen hat», sagt Karl-Heinz Steinbach von der Bürgerinitiative gegen die Moschee. Der 63-jährige Karosseriebaumeister aus Hausen ist der Einzige der Protestgruppe, der sich noch namentlich äußern will. «Die meisten von uns haben die zurückliegenden Auseinandersetzungen zermürbt», räumt er ein. Von der Politik der Stadtverwaltung fühle er sich allein gelassen. «Auf Seiten der Stadt betonen jetzt alle die friedliche Stimmung hier», sagt Steinbach. «Aber es ist eher Resignation.»

Die Feier am Samstag dürfte somit weniger diskursiv über die Bühne gehen, als es der Fatima-Gemeinde vielleicht lieb ist. Einige Ladenbesitzer in der Hausener Altstadt – genannt werden möchte keiner – erwarten zukünftige Konflikte eher zwischen den islamischen Bevölkerungsgruppen selbst.

«Das ist dann unsere dritte Moschee hier», sagt ein älterer Marokkaner, der in einem neueröffneten Döner-shop in Hausen auf sein gefülltes Fladenbrot wartet, und fügt dann hinzu: «Und die zweite schiitische.» Als Sunnit besuche er jeden Freitag die Abubakr-Moschee in der Hausener Altstadt. «Bisher hatten wir da nur ein Parkplatzproblem», fährt er fort. Dann bricht er ab, nicht nur weil sein Döner kommt. «Andere

Probleme können wir hier auch nicht brauchen», sagt er noch.

Die schmucke Abubakr-Moschee liegt nicht weit vom Dönerladen. «Im Moment kommt es manchmal zu angespannten Situationen zwischen Sunniten und Schiiten hier», sagt der Abubakr-Vorbeter. Umso wichtiger sei ihm, dass auch Mitglieder seiner Gemeinde am Samstag auf der – schiitischen – Feier dabei seien. «Denn wir glauben alle an einen Gott. Sunniten, Schiiten und Christen.» Auch die koptischen Christen wird der Vorbeter damit gemeint haben: direkt neben der künftigen Fatima-Moschee steht Hessens einzige Kirche der orthodoxen Kopten.

Immerhin hat der sehr gut recherchierende und hoffentlich nicht bald arbeitslose Journalist aufgespürt, was neben dem wachsenden Gefühl der Überfremdung den angestammten Hausenern blüht, verordnet durch eine schwarz-grüne Stadtregierung.

Neben der Überstrapazierung der in den letzten Jahren eindeutig vollbrachten Integrationsbemühungen Hausener Bürger im Hinblick auf zwei bereits bestehende Moscheen, werden schwere Konflikte aus den Herkunftsländern der Zugewanderten auf die Schultern der Hausener Bürger geladen, während die Stadtregierung und die Protagonisten von Toleranz ohne Grenzen das Ganze aus der Ferne beobachten, um dem soziokulturellen Experiment Erkenntnisse für die Zukunft abzugewinnen. Die Verlierer hierbei sind die Hausener Bürger, denen einmal mehr nur Resignation und der bekannte Ausspruch der Grünen „Integrationsdezernentin“ Dr. Nargess Eskandari-Grünberg bleibt:

„Wenn's Ihnen nicht paßt (mit der dritten Moschee), dann ziehen Sie doch weg!“

In diesem Sinne: FROHES FEST !

» Eussner: [Moschee-Areale im Westen, vom Islam erobertes](#)

Gebiet

(Gastbeitrag: Hausener Bub)

Beleidigendes Rotes Kreuz zu kreuzzüglerisch



In der Schlacht beim norditalienischen Solferino stießen im Jahr 1859 160.000 österreichische Soldaten auf 150.000 Franzosen und Italiener. Auf dem Schlachtfeld blieben unzählige Verwundete zurück, um die sich niemand kümmerte, weil es so etwas wie Sanitäter damals noch nicht gab. Der Schweizer Kaufmann Henri Dunant aus Genf sah das Gemetzel und die hilflosen Verwundeten. Das Erlebnis beeindruckte ihn dermaßen, dass er in Zusammenarbeit mit dem Schweizer General Guillaume-Henri Dufour und drei weiteren Persönlichkeiten das Internationale Komitee des Roten Kreuzes ([IKRK](#)) gründete.

1864 unterzeichneten die zwölf ersten Teilnehmerstaaten eine Konvention zur Milderung der „vom Krieg unzertrennlichen Übel“. 1901 erhielt Henri Dunant den ersten Friedensnobelpreis überhaupt. Heute, 108 Jahre später, ist sein Werk [auf einmal beleidigend](#), weil die Rotkreuzfahne, eine farblich umgedrehte Schweizerfahne, da das IKRK in der Schweiz gegründet wurde, „zu sehr an die Kreuzzüge erinnert“. Ein „Roter Halbmond“

zusätzlich zum Kreuz ist nach Ansicht gewisser britischer Labour-Politiker nicht mehr entgegenkommend genug. Das Kreuz soll ganz verschwinden. Es untergrabe durch seine geschichtliche Vorbelastung (gemeint sind die Kreuzzüge, nicht die tatsächliche historische Herkunft, über die Labour vermutlich nicht einmal Bescheid weiß) würde die humanitäre Organisation untergraben.

Erlaubt wären dann nur noch „Roter Halbmond“ und „Roter Kristall“ (ein Kunstsymbol, das gegründet wurde, weil der „Rote Davidsstern“ für die „Rechgläubigen“ ebenfalls eine Beleidigung darstellt). Auf diesen Kristall sollten auch die Christen-Dhimmis ausweichen. Sie wären dadurch angeblich auch vor Muslimen geschützter, die vielleicht bald nicht mehr gewillt sind, etwas mit einem Kreuz als humanitäre Einrichtung zu akzeptieren. Wirklich gebräuchlich wäre am Ende wohl nur noch das einzige Symbol, das Muslime nicht beleidigt, ihr Halbmond.



Ein guter Tag



20.000.000 mal wurde PI-News in den letzten fünf Jahren aufgerufen. 20.000.000-fach haben wir versucht, vor der drohenden Islamisierung unserer Heimat zu warnen, haben wir auf den Missbrauch durch linke Massenmedien hingewiesen, haben Widersprüche und Skandale aufgedeckt oder uns einfach nur unsere Wut und unseren Frust über den schleichenden Verlust unserer Freiheitsrechte im Europa des 21. Jahrhunderts von der Seele geschrieben. Tausende Male wurden wir diffamiert und als extrem, rechtsradikal oder sogar als Nazis verleumdet. Hunderttausend mal erhielten wir jedoch auch Zustimmung – von Ihnen, unseren Lesern.

PI-News ist nicht angepasst und will es auch niemals sein. Wir werden weiterschreiben. Unseren Lesern danken wir für ihre Treue, aber auch ihre Kritik. Wir danken für jeden Zuspruch, jede Unterstützung und jede Mitarbeit.

Wer die Arbeit von PI mit-unterstützen möchte [kann dies hier tun](#). Wir haben als nächstes grösseres Projekt die Anschaffung neuer Aufkleber geplant. Herzlichen Dank für jede Hilfe.

Heute ist ein guter Tag! Auf die nächsten 20.000.000!

Handbuch des politischen Islam



„[Zwischen Gottesstaat und Demokratie](#)“ heißt ein in Österreich neu erschienenenes Buch der beiden Autoren Thomas Schmidinger und Dunja Larise, dass laut Wiener Zeitung „erstmalig umfassenden Einblick in zahlreiche islamistische Gruppierungen Österreichs“ gibt. Zwar scheint das Buch voll üblicher Relativierungen und Verharmlosungen, enthält aber interessante Einblicke in die Verknüpfungen der verschiedenen politisch aktiven Gruppen.

Erschreckend ist für den Islamvertrauten PI-Leser dabei schon alleine die Aussage, dass mit dem Wiener Politiker Omar al Rawi (SPÖ) der Landtag von einem Mitglied der „Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen“ bereichert wird, die wiederum der Muslimbruderschaft nahe stehen soll. Schlussendlich kommt Stefan Beig von der Wiener Zeitung [zu dem Fazit](#):

In Summe ein gelungenes Werk, das erstmals eine umfassende, wenn auch nicht vollständige Darstellung der österreichischen politisch-islamischen Szene liefert. Eigentlich könnte man sich vom Verfassungsschutz einen ähnlich detaillierten Bericht erwarten. Auf weitergehende Analysen wird leider verzichtet, auch auf Personen- und Sachregister sowie ein ausführliches Inhaltsverzeichnis. Für Wissenschaftler,

Journalisten, Personen in staatlichen Behörden oder Interessierte ist das Buch sicher Pflichtlektüre.

Ob sich die Journalisten und Personen in staatlichen Behörden sich dieser Pflicht auch bewusst sind, darf man jedoch bezweifeln.

(Gastbeitrag von Marco, Spürnase: PM)

Berlin zahlt Neuunternehmer aus



Über 100 neue Unternehmer, die in Berlin mit ihrer neuartigen Geschäftsidee des Autoscheibenputz-Service für den Aufschwung sorgen wollten ([PI berichtete](#)), zeigen sich enttäuscht vom wirtschaftsfeindlichen Klima in der Hauptstadt und lassen sich jetzt auszahlen, um anderswo Scheiben zu putzen. Letzteres ist allerdings nicht sicher.

Der [Tagesspiegel berichtet](#):

In einem gemieteten BVG-Bus wurden die Männer, Frauen und Kinder am Nachmittag vom Spandauer Asylbewerberheim zum Rathaus Mitte gefahren. Alle 106 Roma, die vorübergehend in

der Flüchtlingsunterkunft einquartiert waren, haben das Heim verlassen. Im Bezirksamt Mitte in der Karl-Marx-Allee konnten sich die Rumänen am Nachmittag Reisegeld für die Rückkehr in die Heimat abholen. Einige Roma sollen vorher bei Gesprächen geäußert haben, dass sie in andere Länder „weiterwandern“ wollten. Sie seien enttäuscht, dass Berlin ihnen keine weitere Hilfe anbiete.

Das Angebot der Senatsverwaltung für Integration und Soziales zur „Rückkehrhilfe“ lautete: 250 Euro pro Erwachsenen und Jugendlichen und 150 Euro pro Kind – bar auf die Hand. „Damit sollen die Roma per Bus, Zug oder mit eigenen Autos zurück in ihre Heimat reisen“, sagte Sprecherin Karin Rietz. Das Geld sei „zweckgebunden“. Soll heißen: Nutzen die Roma es nicht zur Ausreise, kann die Summe zurückgefordert werden.

Vor dem Bezirksamt Mitte, wo die Geldausgabe stattfand, hatten sich rund 50 Unterstützer der Roma aus der linken Szene versammelt, die zuvor im Internet gegen die „Vertreibung aus der Motardstraße“ mobilisiert hatten. Sie verabschiedeten sich von den Leuten, die ihr Geld bereits an der Bezirkskasse abgeholt hatten. An den Schaltern im fünften Stock war alles vorbereitet: Gegen Vorlage des Passes und der Unterschrift auf einer Erklärung erhielt jeder das versprochene Bargeld. Die Unterschrift besagt, dass das Geld für die Ausreise benutzt wird. Von einem „Überbrückungsgeld“, das die Behörden noch vor einer Woche zusätzlich anbieten wollten, war nicht mehr die Rede.

Finanzstadtrat Rainer-Maria Fritsch (Linke) koordinierte die Geldübergabe in Mitte und erklärte, man könne zwar die Ausreise nicht überwachen, doch die Familien müssten mit einem „Verwaltungsverfahren“ rechnen, wenn sie in zwei Wochen noch in Berlin registriert würden. Der Bezirk rechne mit rund 30 000 Euro, die für die Rückkehr ausgezahlt werden.

Der zuständige [GEZ-Qualitätssender RBB](#) verabfolgt seinen

Hörern die Nachricht in leichter verdaulicher Form. Statt Bargeld weiß man dort nur von Bahnfahrkarten:

Die Roma-Familien, die in den vergangenen zwei Wochen in einem Wohnheim in Berlin-Spandau lebten, haben das Heim am Donnerstag verlassen.

Das bestätigte Sozialsenatorin Knake-Werner (Linke) der rbb-Welle radioBerlin. Die Familien hätten sich verpflichtet, nach Rumänien auszureisen. Im Gegenzug erhielten sie als Rückkehrhilfe ein Bahnticket für die Heimfahrt.

So klingt es für Berliner Steuerzahler doch gleich viel besser! Noch weniger allerdings dürfte es der Vorhut der Arbeiterklasse in Gestalt der Israelhasserin Ulla Jelpke von der SED gefallen. Noch einmal der *Tagesspiegel*:

Die Abgeordnete Ulla Jelpke (Linke) warf Körting vor, er „heize bewusst die rassistische Stimmung an, wenn er verbreiten lässt, dass die in Berlin lebenden Roma-Familien zurück nach Hause sollen.“ Das erinnere stark an die ausländerfeindliche Hetze rechtsextremer Gruppen, so Jelpke. Die Linke setze sich für ein Bleiberecht ein, insbesondere für die Roma als eine „besonders verfolgte Gruppe“. Zu der Zeit wusste Jelpke offenbar noch nichts von der Rückkehrhilfe, die ihre Parteikollegin auszahlen ließ.

(Vielen Dank allen Spürnasen)

Jan Timke wird

Stadtverordneter Bremerhaven

in



Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Jan Timke (Foto) von [Bürger in Wut](#) (BIW) ist jetzt auch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven. Das haben die Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung mit Mehrheit entschieden. Damit hat die BIW eine lange Auseinandersetzung mit Stadtwahlleiter Ulrich Freitag (SPD) um das dritte Mandat der BIW im Parlament der Seestadt erfolgreich beenden können.

Die BIW hatte bei der Kommunalwahl am 13. Mai 2007 aus dem Stand einen Stimmenanteil von 5,4 Prozent und damit drei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung errungen. Nachdem die BIW-Abgeordnete Anne Laue ihr Mandat im September 2007 aus persönlichen Gründen aufgeben mußte, weigerte sich Stadtwahlleiter Freitag, Jan Timke als Listennachfolger zu berufen. Timke habe seine Hauptwohnung zum Zeitpunkt der Wahl nicht in Bremerhaven gehabt und sei deshalb nicht wählbar gewesen, so die Begründung. Den Einspruch von Jan Timke gegen diese Entscheidung wies die Stadtverordnetenversammlung am 7. Februar 2008 zurück. Der dritte Sitz der BIW im Bremerhavener Stadtparlament war deshalb in den letzten knapp zwei Jahren unbesetzt geblieben.

Gegen das Votum der Stadtverordnetenversammlung reichte Jan Timke Klage vor dem Verwaltungsgericht Bremerhaven ein. Ein

Termin für die mündliche Verhandlung sollte in Kürze anberaumt werden. Nachdem das Amtsgericht Bremerhaven Timke am 27. Januar 2009 vom Vorwurf des Wahlbetruges wegen der angeblich falschen Anmeldung einer Hauptwohnung in der Seestadt freigesprochen hatte, konnte der BIW-Politiker auch mit einem erfolgreichen Ausgang des Verwaltungsverfahrens rechnen.

Dazu Jan Timke: „Offenbar haben die Verantwortlichen in Bremerhaven nun endlich eingesehen, dass es rechtswidrig war, mir die Ausübung des Mandates in der Stadtverordnetenversammlung zu verweigern. Sonst hätte man das Thema kaum wieder auf die Agenda gesetzt. Mit ihrer gestrigen Entscheidung ist die Stadtverordnetenversammlung einer weiteren peinlichen Niederlage vor Gericht zugekommen.“

Durch die Fehlentscheidungen von Stadtwahlleiter Ulrich Freitag und der Stadtverordnetenversammlung konnte Jan Timke seine legitimen Rechte als Volksvertreter mehr als 21 Monate lang nicht wahrnehmen. Das Votum der Wähler wurde missachtet, was das Vertrauen vieler Bürger in den demokratischen Rechtsstaat beschädigt hat.

Über die BIW Bremen:

Die BIW Bremen sind die Landesgruppe der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) mit Sitz in Berlin. Die BÜRGER IN WUT haben drei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven. Außerdem sind die BIW mit einem Mitglied im Beirat des Bremer Stadtteils Horn-Lehe vertreten. Die BÜRGER IN WUT stehen für eine bürgerlich-konservative Politik mit sozialer Ausrichtung, die sich an den politischen Realitäten und nicht an Dogmen oder Ideologien orientiert.

- » Nordsee-Zeitung: [Timke wird nicht länger ausgeschlossen](#)
- » Radio Bremen: [Timke \(BIW\) wird Stadtverordneter in Bremerhaven](#)



Frangenberg und die Moslemsekte

✘ In Köln bemühen sich CDU, SPD und sogar die GRÜNEN, die Erweiterung eines muslimischen Elitegymnasiums, das einer erzreaktionären türkischen Moslemsekte zugeordnet ist, zu verhindern. Der kommunistische Reporter Helmut Frangenberg (*Foto*) vom Kölner Stadtanzeiger eilt zu Hilfe – natürlich den gutgetarnten Evolutionsleugnern.

Frangenberg [im KStA](#):

Kölner Politiker verweigern einem privaten Gymnasium, das vornehmlich von Kindern türkischer Einwanderer besucht wird, die Erweiterung. Grund: Der Trägerverein wird der weltweiten Bewegung des umstrittenen türkischen Predigers Fetullah Gülen zugerechnet.

Sieht so die konspirative Arbeit eines islamistischen Vereins aus? Engagierte Lehrer, die sich für das Konzept des Privatgymnasiums „Dialog“ in Köln-Buchheim gewinnen ließen, unterrichten in kleinen Klassen wissbegierige Kinder. Offenheit und Transparenz werden groß geschrieben. Ein weit reichendes Förderangebot begleitet die Kinder, die vornehmlich aus Familien türkischer Einwander stammen. „Wir sind keine Eliteschule, wollen aber Menschen elitär fördern“, sagt der Vorsitzende des Trägervereins Alp Sarac. Das Angebot

findet seit 2007 viel Anklang.

Viele Besucher haben sich durch das ehemalige Arbeitsamt Buchheims führen lassen und nichts gefunden, was darauf hindeutet, dass hier eine Verschwörung von Islamisten vorbereitet wird. Es gibt noch nicht einmal Religionsunterricht. Und doch scheinen Politiker aus SPD, CDU und Grünen in Köln genau solche Machenschaften zu vermuten. Offen sagt das keiner.

Vorwand statt Argumente

Um die Erweiterung der Schule zu verhindern, wird die angebliche Konkurrenz zu den Nachbargymnasien, wo aber schon seit Jahren die Schülerzahlen zurückgehen, bemüht. Die Mehrheit der Politiker in der zuständigen Bezirksvertretung machte es sich noch leichter: Sie beschloss, den Bauplatz für die Schulerweiterung mit einem Pflegeheim für Senioren zuzubauen. Die Frage nach dem Bedarf, den es nach Einschätzung der Stadtverwaltung nicht gibt, hatten die Bezirkspolitiker vorher nicht gestellt.

Der Trägerverein der Schule ist der „Türkisch-Deutsche Akademiker Bund“, ein gemeinnütziger Verein, der 1994 von Akademikern nichtdeutscher Herkunft gegründet wurde. Er wird der weltweiten Bewegung um den umstrittenen charismatischen Prediger Fethullah Gülen zugerechnet. Kritiker halten ihn für gefährlich, seine „islamistische Auffassung“ sei unter „pseudo-modernistischen Lack“ getarnt, wie der Islamwissenschaftler Ralph Ghadban von der Evangelischen Fachhochschule in Berlin sagt.

Die Gülen-Bewegung wächst weltweit. Wie schnell sich die Anhänger des in den USA lebenden, reichen Türken mobilisieren lassen, zeigte eine weltweite Online-Umfrage der US-Zeitschrift „Foreign Policy“ und des britischen Magazins „Prospect“. Die User wählten den Buchautor zum wichtigsten noch lebenden Intellektuellen.

Gülens Anhänger sehen ihn als dialogbereiten Friedensstifter. Tatsächlich findet sich in seinen vielen Schriften nichts, was ihn als gefährlichen Islamisten ausweist, der eine muslimische Elite zur Machtübernahme führen will. Als ihm 1999 die Türkei wegen mutmaßlichem Republikverrats den Prozess machen wollte, stützte sich die Anklage vor allem auf Filmmitschnitte, die bis heute im Internet kursieren. Dort fordert er seine Anhänger dazu auf, sich unauffällig zu verhalten, bis der „richtige Zeitpunkt“ komme, „um die Welt auf unseren Schultern zu tragen“. Mit blumigen Worten in altertümlichem Türkisch predigt er von der „schmerzhaften Geburt“ einer neuen Nation und von einer „Abrechnung mit der Welt“.

Die Anhänger Gülens bezeichnen die Filme als Fälschungen und sehen bei der Dämonisierung ihres Vordenkers den Geheimbund „Ergenekon“ im Auftrag von türkischen Militärs und radikalen Kemalisten am Werk. In der Türkei ist Gülen längst rehabilitiert. Die Kontakte zur islamischen Regierungspartei AKP sollen ähnlich gut sein wie zu vielen anderen Institutionen. Er trifft sich mit Vertretern anderer Religionen wie dem Papst. Der frühere US-Präsident Bill Clinton bezeichnet ihn öffentlich als „Freund“.

Und jetzt hat er auch noch den Kommunisten Frangenberg zum Freund, der es offenbar garnicht abwarten kann, die Behandlung zu genießen, die seinesgleichen in der gesamten islamischen Welt, egal ob in der Türkei oder Iran, Saudi-Arabien oder Malaysia erfahren.

Das es auch anders geht, zeigt ein zweiter Verein der Gülen-Bewegung in Köln. Der „Ikult – Interkultureller Dialog e.V.“ wirbt offensiv mit Gülens Konterfei, das er selbstbewusst neben Mutter Theresa, Ghandi oder Martin Luther King auf Plakaten platziert. Das Motto einer bundesweiten Tagung mit Experten und Professoren aus der ganzen Welt Ende Mai in Potsdam ist der Leitgedanke einer offensiven

Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Gülen-Vereine die Deckung verlassen haben: „Die Gülen-Bewegung als Brücke zwischen den Kulturen“. In Köln lädt „Ikult“ zu Abendessen, Kulturveranstaltungen, Türkeireisen und Diskussionen, in der es um die Verbindung von Religion und Moderne geht. Hier referieren Lehrkräfte und Professoren der Kölner Universität, die fern jedes Verdachts stehen, etwas mit religiösem Fundamentalismus im Sinn zu haben, genau wie Kölns grüne Sozialdezernentin Marlis Bredehorst.

Der Name der Dame, die [den Holocaust einen Ausrutscher nennt](#) und nach eigenen Angaben „[nicht so viel vom Islam kennt](#)“ spricht für das Niveau der Veranstaltungen, wo sich die Frommen und Klugen versammeln, wie Frangenberg zu berichten weiß:

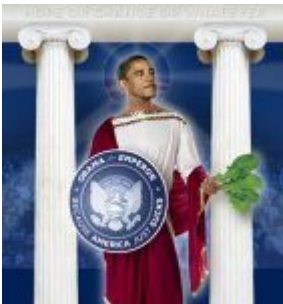
Geführt wird „Ikult“ von dem frommen wie klugen Musiker Edjer Sabanci, der aus seiner Bewunderung für Gülen kein Geheimnis macht. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des „Türkisch-Deutschen Akademiker Bundes“ hat Gülen selbst in den USA getroffen. Er sei ein kluger Philosoph, sagt Sabanci, „ein Vorbild“, das man aber nicht ehrfürchtig verehren müsse, sondern das bescheiden und nahbar geblieben sei. Gülen stehe für die Idee: „Tue Gutes ohne Gegenleistungen zu erwarten.“

Die Debatte um Gülen ist stark geprägt vom Import unversöhnlicher Positionen aus der Türkei, wo radikale Kemalisten und Laizisten glauben, dass Religion grundsätzlich gefährlich wird, wenn ihre Anhänger daraus eine Motivation zur Mitgestaltung einer Gesellschaft ableiten. Nichts anderes tun Vereine wie der „Türkisch-Deutsche Akademiker Bund“, wenn sie sich mit Nachhilfeangeboten oder einer Privatschule um Kinder aus den Familien türkischer Einwanderer kümmern.

„Wir haben kein konkretes politisches Konzept im Sinn“, beteuert „Ikult“-Chef Sabanci, „erst Recht keinen Umsturz bestehender Verhältnisse.“ Man mag es ihm glauben. Der

Einschätzung, dass die Gülen-nahen Vereine zu einer sehr konservativen, mit der Leugnung der Evolutionstheorie durchaus auch reaktionären Gemeinschaft gehören, kann er jedoch kaum widersprechen. Es bleibt das Misstrauen in eine „Bewegung“, die sich an einen religiösen Führer bindet und so stark zu sein scheint, dass sie ohne eine Organisationsstruktur weltweite Aktivitäten entfalten kann.

Verschleiern statt aufklären, wo selbst schon grüne Weltverbesserer skeptisch geworden sind. Helmut Frangenberg gehört zu den Journalisten in Deutschland, die nicht zur Lösung der Herausforderungen beitragen, sondern zum Teil des Problems geworden sind.



The One™ gegen den Rest der Welt

✘ Es scheint so, als ob Barack Hussein Obama, oder auch kurz *the One™* es niemandem Recht machen kann. Haben sich doch [französische Feministinnen lautstark](#) gegen seine Aufwertung des Schleiers ausgesprochen. In Frankreich gilt ein striktes Kopftuchverbot in öffentlichen Schulen und – im Gegensatz zu *the One™* verstehen diese französischen Frauen das Kopftuch und den Schleier sehr wohl als Zeichen der Unterdrückung.

Eine der Frauengruppen mit dem Namen *Ni Putes Ni Soumises*

(„Keine Huren, und auch keine Sklavinnen“) führte aus:

Indem man den Dialog zwischen den Zivilisationen auf einen Dialog zwischen den Religionen reduziert, instrumentalisiert man wieder einmal die Frauen. Indem man den Säkularismus angreift und den Schleier verteidigt, so wie es der Präsident der Vereinigten Staaten getan hat, (...) unterminiert man den Kampf von Millionen Frauen, von denen jeden Tag viele mit ihrem Leben bezahlen, um fundamentalistischer Gewalt zu entgehen.“

In seiner Kairoer Rede hatte the One™ den Westen verurteilt, wenn dieser moslemischen Bürger vorschreiben will, wie sie ihre Religion zu leben haben und zum Beispiel diktieren wollen, welche Kleidung eine moslemische Frau zu tragen habe.

Und dann noch der Chef der Taliban in pakistanischen Distrikt South Waziristan, [Mullah Nazeer Ahmad](#):

‚Unser Jihad ist nicht auf Pakistan und Afghanistan‘ – Diese Aufteilung wurde von den Juden gemacht. In Amerika ist ein weisser Arsch weg und ein schwarzer Arsch hat übernommen. 2010 wird Amerika in Stücke gerissen werden‘

Verbannt unreine Spielsachen!



Dies ist die [Forderung moslemischer Prediger](#) und im Sinn haben sie alles, was im Entferntesten an Schweine erinnert. Ebenfalls auf der Liste unreiner Spielsachen steht die Barbie Puppe, die – weil sie Make-up trägt und einen Freund und ein Auto hat – doch eher mit einer moslemisch korrekten Puppe ersetzt werden sollte. „Wir wollen verhindern, dass die westliche Kultur unsere Kinder korrumpiert“, so Omar Bakri Muhammad (Foto).

„Wenn man eine Comicfigur, die ein Schwein darstellt für seine Kinder kauft, könnte es sein, dass die Kinder diese Figur idealisieren und deswegen in Konflikt mit dem Islam kommen“, führt Bakri weiterhin aus.

Er nahm nicht zum Einsatz vieler Kinder als billige Selbstmordattentäter Stellung.

Union Jack verboten in Heathrow

✘ [Bewaffnete Sicherheitsleute](#), die am Flughafen Heathrow patroullieren, hatten als Zeichen der Unterstützung britischer Truppen im Kriegseinsatz für jeweils £1 die britische Fahne als Aufnäher getragen. Dies wurde jetzt untersagt – weil es

als Beleidigung verstanden werden könnte.



Irans Diktator wirft Gegnern Hitler-Methoden vor



Der Irre von Teheran, Mahmud Ahamdinedschad (Foto), kennt kurz vor den Wahlen keine Gnade mehr mit seinen politischen Gegnern. Jeden, der nicht seiner Meinung ist, empfindet er als Beleidigung: „Niemand hat das Recht, den Präsidenten zu beleidigen – und sie haben es doch getan. Das ist ein Verbrechen.“ Wer den Präsidenten durch Nichtgleichschaltung brüskiert, muss mit Gefängnisstrafen rechnen. Ausgerechnet den bedrohten politischen Kontrahenten hingegen wirft er „Hitler-Methoden“ vor, weil sie Unwahrheiten verbreiten würden, „bis jeder sie glaubt“.

Der ehemalige Ministerpräsident Mirhossein Mussawi, der als aussichtsreichster Kandidat des Reformlagers am Freitag ins Rennen geht, hatte im Wahlkampf Ahmadinedschad vorgeworfen, die Bevölkerung über den wahren Zustand der Wirtschaft

anzulügen. Vielen Iranern bereitet die hohe Inflation Kopfzerbrechen. Neben Mussawi hatten auch die anderen zwei Gegenkandidaten dem Präsidenten vorgehalten, die Wirtschaftsprobleme des Landes schönzureden.

„Solche Beleidigungen und Vorwürfe gegen die Regierung sind eine Rückkehr zu den Methoden Hitlers – nämlich so lange Lügen zu wiederholen, bis sie jeder glaubt“, sagte Ahmadinedschad. Im Iran kann das Beleidigen ranghoher Regierungsvertreter und damit auch des Präsidenten mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft werden.

Ob Ahmadinendschad mit den besagten Methoden nicht eher sich selbst gemeint hat?

Großmufti Ceric erklärt die Scharia



Am 3. Juni fand in der Katholischen Akademie Berlin eine Abendveranstaltung statt, zu der als spezieller Ehrengast der [Großmufti von Bosnien-Herzegowina](#) Rais-ul-Ulema Dr. [Mustafa Ceric](#) (Foto) geladen war. Er sprach zum Thema: „[Sharia and Muslim Social Contract in Europe](#) – Wie verhält sich das islamische Recht, die Scharia, zur säkularen Verfassung?“

Die Veranstaltung war trotz Kostenpflicht sehr gut besucht. Zum einen lag es an der Brisanz des Themas und zum anderen an der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit des Referenten ([Eugen-Biser-Preis](#) 2008, [Theodor-Heuss-Preis](#) 2007, Erstunterzeichner des Schreibens „[Ein gemeinsames Schreiben zwischen Euch und uns](#)“ (Koran 3 / 64), Schreiben an die Bundeskanzlerin).

Kerngedanke und Ziel war, den Koran mittels der Scharia in der deutschen Gesellschaft hoffähig zu machen. Die Taktik der Schmeichelung, langer verklausulierter Rede und der Täuschung (gemäß Koran) schien dabei aufzugehen, denn an Applaus für den Referenten mangelte es nicht.

Mustafa Ceric sagte unter anderem:

- *Ich bin einer von Euch.*
- *Ich bin mehr Berliner als J. F. Kennedy jemals war.*
- *Ich bin ein Reformator im islamischen Denken.*
- *Ich bin ein echter Deuter der Scharia.*
- *Ich bin das Produkt eines säkularen Staates.*
- *Wer die Demokratie angreift, greift mich als europäischen Moslem an.*
- *Wir wurden frei geboren.*
- *Europa ist das Haus des Friedens.*
- *Ich enttäusche diejenigen, die ihren Geist eingefroren haben.*

Speziell zum Islam meinte der Großmufti:

- *Der Islam ist mehr als Religion. Er ist auch geltendes Recht und Moral.*
- *Der Islam hat die führende Rolle der Integration (in Europa) erhalten. Er ist die treibende Kraft.*
- *Der Islam ist die Wiederherstellung der abrahamitischen Religion.*
- *Die politische Theologie des Islam ist die Herausforderung unserer Zeit.*
- *An der Zerstrittenheit des Islam ist der Westen (die*

„Ungläubigen“) schuld.

Zum Koran (sprich Kor-an) ergänzte Ceric:

- Er besticht in seiner Vielfalt und muss nur richtig interpretiert werden, ansonsten ist er leicht verständlich.*
- In ihm ist jeder frei und gleich.*
- Keiner soll Rache suchen.*
- Keiner soll Hass verbreiten.*
- Alles Denken geht vom Koran aus.*

Die Scharia ist daher das höchste aller Rechtssysteme:

- Sie ist das Modell für Würde und Achtung.*
- Sie wirkt noch für viele Europäer abschreckend und ist mit vielen Vorurteilen belegt, die unbegründet sind.*
- Im Gegenteil – sie ist kein Selbstzweck sondern schützt die Menschenrechte (die der „Ungläubigen“?).*
- Sie ist Orientierung muslimischer Identität, ist zeitlos und nicht verhandelbar.*
- Die Scharia ist eine im Koran bezeugter ewiger Bund Gottes mit den Menschen, die den mit Moses, Abraham, Noah und Jesus geschlossenen Bund bestätigt und fortsetzt.*

Herr Ceric fordert zur Durchsetzung des islamischen Rechtsverständnisses die Schaffung eines auf Raum und Zeit bezogenen muslimischen Gesellschaftsvertrags als Ergänzung zum deutschen Grundgesetz und den Lissaboner Verträgen.



Die sehr vorsichtig formulierten kritischen Fragen des katholischen Weihbischofs Dr. Jaschke wurden vom Referenten als unbegründet erachtet. Und Herr Prof. Dr. Rohe ergänzte, dass die Bedenken des Weihbischofs mit der Zeit zurückgehen werden.

Im Gegenzug dazu meinte Herr Ceric, dass die Moslems in der Angst leben (Opfer-Rolle), vom Westen (den Ungläubigen) kolonialisiert zu werden mit seiner geradezu gottähnlichen Übermacht. Herr Ceric wäre demnach froh, wenn Moslems in Europa so viele Rechte hätten wie die Dhimmis (Untertane/Minderheiten) unter muslimischer Herrschaft. Die hätten da das Recht auf Eigentum, Freiheit, Leben, Würde und das Recht auf Religionsausübung.

Nach dem Vortrag war begrenzt die Möglichkeit gegeben, einige Fragen zu stellen. Eine Besucherin stellte vor ihrer Fragestellung fest, dass das deutsche Grundgesetz ausreichend und ein zusätzlicher muslimischer Gesellschaftsvertrag überflüssig ist. Sie zitierte GG Artikel 3 Absatz 1 und 2, in der die Gleichheit von Mann und Frau festgeschrieben ist, was unvereinbar ist mit der Scharia. Auf ihre Frage, warum die Frau im Koran und in der Scharia unterdrückt wird, bekam sie eine „tiefgründige“, mit einer Gegenfrage versehene, ausweichende Antwort. Die Frage nach seiner Sichtweise bezüglich der Aberkennung des Hessischen Kulturpreises an Herrn Kermani blieb unbeantwortet.

Die Fragestellerin bekam nach der Veranstaltung von einer Teilnehmerin noch Vorwürfe über die Ungehörigkeit solcher Fragestellung – angesichts der Hochwertigkeit der Veranstaltung und der anwesenden Prominenz.

Das ausschließlich zum Thema Islam angepriesene Bücherangebot (etwa 25 Titel) ließen leider alle wichtigen islamkritischen Autoren (mit Ausnahme eines kleinen Buches von Prof. Dr. Schirrmacher und Ayaan Hirsi Ali) vermissen. Vielleicht aus Rücksicht auf das Thema, auf den Referenten, auf die Podiumsteilnehmer, auf das Publikum, auf den Veranstaltungsort oder auf den teilweise schon eingetretenen freiwilligen Dhimmistatus. Keine Kritik am Islam, damit niemand beleidigt ist?

(Gastbeitrag von mag)